

Warum nicht ein allgemeiner Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer?

Worum geht es?

An Stelle der bisherigen Pflichten und Angebote (Wehrpflicht, Zivildienst, freiwilliges soziales und ökologisches Jahr) wird ein allgemeiner Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer eingeführt. Nach einer Änderung des Grundgesetzes können sie zwischen den verschiedenen Angeboten frei wählen. Das schließt auch Einsätze im Ausland, etwa im Rahmen eines „Peace Corps“, oder ähnliche Dienste ein.

Was spricht dagegen?

- Zwangsverpflichtungen führen zu Widerstand.
- Junge Leute werden überfordert: Sie sollen Ausbildung und Studium beenden, sich in die Arbeitswelt einfädeln, eine Familie gründen und nun auch noch ein Jahr für das Gemeinwesen opfern?
- Ein verbindlicher Sozialdienst steht in unzulässiger Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten.

Was spricht dafür?

- Das Einüben von Solidarität und sozialer Praxis stärkt die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwesen. Insbesondere für die Sozialisation junger Männer wird der Sozialdienst eine heilsame Wirkung entfalten.
- Ein verbindlicher Sozialdienst stellt die gesellschaftliche Teilhabe auf eine breitere Grundlage. Neben der Schule ist der Sozialdienst der einzige soziale Ort, an dem alle teilhaben.
- Angesichts des demografischen Wandels entlastet der Sozialdienst die Fachkräfte.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Nordrhein-Westfalen kann in der Öffentlichkeit dafür werben sowie eine Bundesratsinitiative starten. Tenor der Initiative: Der Staat nimmt sich selbst in die Pflicht und unterstützt die jungen Menschen bei ihrem Pflichtdienst. So sind sie u. a. gesetzlich sozialversichert und haben – analog zu den Auszubildenden – Anspruch auf Kindergeld und alle daran geknüpften staatlichen sowie tariflichen Folgeleistungen. Dazu gibt es analog zum jetzigen Wehr- oder Zivildienst Ausgleichszahlungen.